Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei in NRW – Bestandsaufnahme, notwendige Veränderungen und Forderungen aus dem Blickwinkel der GdP

Statement des stellvertretenden Landesvorsitzenden Peter Hugo beim Verkehrsforum der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Nordrhein-Westfalen am 1. Oktober 2009 in Düsseldorf

Verehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei in NRW – Bestandsaufnahme, notwendige Veränderungen und Forderungen aus dem Blickwinkel der GdP“, unter diesem Titel ist mein Beitrag für das heutige, erste Verkehrsforum unseres Landesbezirks angekündigt.

Das Forum hat den Sinn, dass wir miteinander ins Gespräch kommen. Wir wollen einen Raum für die Diskussion unter den hier versammelten Praktikern aus dem Polizeialltag und den Referenten unserer Tagung schaffen.

Ich will mich deshalb auf 10 Thesen konzentrieren, die zentralen Herausforderungen benennen, mit denen wir uns mit Blick auf die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei auseinandersetzen müssen. Und ich will erste Antworten zu geben, wie wir diese Herausforderungen meistern können.

1. **Verkehr und damit Verkehrsüberwachung ist eine Kernaufgabe der Polizei.**

Dieser Anspruch bezieht sich sowohl auf den Bereich Prävention und den Bereich Repression, als auch auf die Informations- und Kommunikationsarbeit der Polizei.

2. **Der Bürger will Sicherheit im Straßenverkehr. Und das heißt: Er will als Kollektiv Verkehrsüberwachung.**

Diese beiden unterschiedlichen Erwartungen führen im Alltag häufig zum Widerspruch. Vor allem dann, wenn der einzelne Bürger selbst von einer Verkehrsüberwachungsmaßnahme betroffen ist. Konkret formuliert: Wenn ich selber wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung oder des Nichtanlegens des Sicherheitsgurtes das berühmte „Knöllchen“ bezahlen muss, wird die professionelle Verkehrsarbeit der Polizei schnell als „klassische Abzocke“ wahrgenommen.

3. **Die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei muss für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Polizeibeamtin und -beamten transparent sein.**

Polizei kassiert nicht ab, sondern sorgt durch Verkehrsüberwachungsmaßnahmen für die vom Bürger eingeforderte Sicherheit im Straßenverkehr. Sie sorgt für eine Reduzierung von Unfällen – vor allem für eine Reduzierung von menschlichen Opfern. Deshalb muss das „3 mal 3“-Konzept des Innenministeriums über die Ausbildungspläne der Polizei und über das Verhalten der Vorgesetzten innerdienstlich als zielführend und sinnvoll erkannt werden können. Und über die

Öffentlichkeitsarbeit der Polizei muss die Sinnhaftigkeit dieses Ansatzes den Bürger vermittelt werden.

4. Bei der Durchführung von Verkehrsüberwachungsmaßnahmen ist die Zielgenauigkeit des polizeilichen Handelns entscheidend.

Im Widerspruch zu dieser Forderung steht sicherlich die von vielen Kolleginnen und Kollegen negativ empfundene sogenannte „TÄT-Jagd“. Die zu klärende Frage lautet: Ist die „TÄT-Jagd“ Realität? Gibt es sie punktuell in einzelnen Behörden? Oder entspricht der Eindruck, die „Tät-Jagd“ sei ein in NRW weitverbreitetes Phänomen, eher dem subjektiven Empfinden der Kolleginnen und Kollegen? Diese Frage bedarf unbedingt der Klärung.
Darüber hinaus gilt es zu klären, ob mit den aktuellen Verkehrsüberwachungsmaßnahmen der Polizei tatsächlich die Hauptunfallursachen angegangen werden. Die Klärung dieser Frage wirft unweigerlich weitere Fragen auf. Zum Beispiel die Frage: Mit welchen Methoden gelangt die Zielvorgabe der Polizeiführer „in die Köpfe“ der Mitarbeiter? Wie ist die Balance zwischen „Ranking“ und „Prävention“ ausgerichtet? Und die Frage: Sind die im europäischen Vergleich „milden Sanktionen“ in Deutschland kontraproduktiv zur Zielsetzung einer weiteren Reduzierung der Zahl der Verkehrstoten in den kommenden Jahren?

5. Auch die Kommunen tragen eine Verantwortung.

Beim Thema Verkehr sind auch die Kommunen mit im Boot. Das Stichwort dazu lautet: stationäre Überwachung.
Sicherlich sind fest installierte Geschwindigkeitsmessgeräte zunächst einmal ein sinnvoller Ansatz der Verkehrsüberwachung, auch wenn sie im Alltag häufig zu Kritik der Bürger führen. Darüber hinaus ist, vor allem mit Blick auf das Ziel der Prävention die Arbeit der kommunalen Unfallkommissionen zu würdigen, auch wenn hier im Detail Verbesserungen einzufordern sind und die polizeiliche Kompetenz in diesem Bereich gegenüber den Kommunen nachhaltiger eingebracht werden müsste.

6. Die Spezialisierung der Polizei im Bereich der Verkehrsüberwachung führt zu neuen, bislang nicht bewältigten Problemen.

Ohne eine Spezialisierung wären die in den vergangenen Jahrzehnten erzielten Erfolge in der Unfallbekämpfung nicht möglich gewesen. Die zielgenauen Handlungsmöglichkeiten der Polizei in diesem Gebiet müssen deshalb in den kommenden Jahren weiter konkretisiert werden.
Andererseits werden wir nicht umhin kommen, die Verkehrsüberwachung über die Arbeit der Fachdirektion Verkehr hinaus auch als Aufgabe anderer polizeilicher Dienste zu definieren. So wie es die Bürgerinnen und Bürger auch tun: So wird zum Beispiel in der Öffentlichkeit das Bild der Polizei durch Einbeziehung des Bezirksdienstes in die Verkehrssicherheitsarbeit in besonderem Maße geprägt, nicht nur in Bezug auf Kinder.
Zudem müssen wir uns mehr mit der Situation des Wach- und Wechseldienstes auseinandersetzen. Hier besteht ein eklatanter Widerspruch zwischen der zunehmenden Spezialisierung der Polizei auf der einen und dem Anspruch auf Allgemeinzuständigkeit aller Kolleginnen und Kollegen auf der anderen Seite. Konkret formuliert: Wenn die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im Wach- und Wechseldienst mit Blick auf ihre Verkehrsüberwachungstätigkeiten tendenziell auf

eine einfache „110-er Tätigkeit“ reduziert wird, hat das viel mit Kompetenzverlust zu tun, mit Verringerung der Arbeitsmotivation, und damit auch mit einer möglichen Verschlechterung der Arbeitsergebnisse. Hier bedarf es aus Sicht der GdP eines Ausgleichs: Der Einsatz von VK-Unfallaufnahmeteams darf nicht zur Demotivierung der übrigen Kolleginnen und Kollegen im Wach- und Wechseldienst führen.

7. **Das siebte Stichwort lautet: Ausrüstung der Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Verkehrsüberwachung.**

Arbeitsschutz, die Arbeitssicherheit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort, ist eins der zentralen Themen der GdP. Auch hier gibt es Handlungsbedarf: So bedürfen zum Beispiel die neuen Uniformen einer kritischen Überprüfung, vor allem was die Erkennbarkeit bei Dunkelheit betrifft. Handlungsbedarf besteht zudem bei der Ausstattung der Streifenwagen.
Und schließlich gilt es, das Anforderungsprofil für die Autobahnpolizei zu konkretisieren: Die Autobahn ist ein besonderer Verkehrsraum. Er stellt in Bezug auf die Eigensicherung der dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen ganz andere Anforderungen, als das für nachgeordnete Straßen gilt.
Den Verkehrsraum Autobahn müssen wir zudem auch aus einem anderen Blickwinkel einer genauen Betrachtung unterziehen: Brauchen wir auf der Autobahn nicht ein generelles Tempolimit? Ist unser spezifisches Wissen über durch zu hohe Geschwindigkeit getötete und schwer verletzte Personen nicht Verpflichtung genug, uns gegen alle Lobbyinteressen durchzusetzen? Ich will in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, dass fast 40 Prozent der getöteten Verkehrsteilnehmer auf „unangemessene Geschwindigkeit“ zurückzuführen sind.

8. **Über die Notwendigkeit der Überwachung und über die Notwendigkeit von repressiven Maßnahmen ist heute bereist viel gesagt worden. Trotzdem möchte ich noch einmal ausdrücklich auf den Zusammenhang von repressiver polizeilicher Tätigkeit im Bereich der Verkehrsüberwachung und dem notwendigen Bürgergespräch hinweisen.**

9. **Wir werden uns in den kommenden Jahren verstärkt mit dem Problem der Arbeitsverdichtung im Bereich der polizeilichen Verkehrsüberwachung auseinandersetzen müssen.**

Die zunehmende Arbeitsverdichtung bei der Verkehrsüberwachung macht deutlich, dass das Personaltableau im Verkehrsbereich zu dünn ist, auch in Nordrhein-Westfalen.
Die Forderungen der GdP hierzu ist deutlich: Ohne mehr Personal wird es uns nicht gelingen, die Zahl der Verkehrsopfer in NRW – 687 Getötete und mehr als 14 000 Schwerverletzte allein im vergangenen Jahr – weiter zu reduzieren.
Wie wichtig Präventionsarbeit ist, wird auch klar, wenn wir uns in Erinnerung rufen, dass durch die Polizei in Nordrhein-Westfalen alle 56 Sekunden ein Unfall aufgenommen wird.

10. **Wir brauchen mehr Anerkennung für die Leistung der Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Verkehrsüberwachung: und zwar polizeiintern und in der Öffentlichkeit.**

Nicht zuletzt die Zahlen der aktuellen Verkehrsunfallstatistik belegen, wie überfällig die lange verweigerte Anerkennung des Verkehrsbereichs ist. Die Zahlen belegen zudem, dass auch im Verkehrsbereich längst die Grenze der Belastbarkeit erreicht ist.
Umso wichtiger ist die Beantwortung der von der GdP aufgeworfenen Fragen zur Stärkung der Verkehrsarbeit der Polizei. Ich hoffe, dass wir mit unserem heutigen Forum einen deutlichen ersten Aufschlag dazu machen werden.